

Tagungsbericht zum 18. Expertengespräch des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ am 01.06.2021 als Onlineveranstaltung, Deutsches Institut für Urbanitistik gGmbH Berlin, gefördert durch das BMFSFJ.

Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe

Nach rund einem Jahr der Corona-Krise lag der Fokus des öffentlich-medialen Diskurses zur Situation von Kindern und Jugendlichen nahezu ausschließlich auf ihrer Bildungs- und Betreuungssituation. Zugleich wurde die Leistungsfähigkeit der Arbeit in den Jugendämtern angezweifelt und Menschen mit besonderen Bedürfnissen sowie die Arbeitsfelder der Behindertenhilfe gerieten gänzlich aus dem Aufmerksamkeitsfokus der öffentlichen und politischen Debatten. Demgegenüber mussten in den Kommunen vor Ort fachlich fundierte Lösungen gefunden, alternative Angebote entwickelt sowie neue Wege der Informationsweitergabe und Zusammenarbeit unter den Fachkräften etabliert werden, um die Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien auch in den Ausnahmesituationen langanhaltender Lockdownphasen aufrecht erhalten zu können. Dabei galt es mannigfache Herausforderungen zu meistern und notgedrungen auf mehr Kompromisse einzugehen, als im Regelbetrieb akzeptabel erscheinen würde. Die Krise wirkte wie ein Brennglas auf die ohnehin vorhandenen Problemlagen und Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen und Familien mit unterschiedlichsten Unterstützungsbedarfen.

Vor diesem Hintergrund diskutierten am 01.06.2021 auf der Onlineveranstaltung des Dialogforums rund 120 engagierte Fach- und Führungskräfte über die Herausforderungen, Lösungsansätze und ihre persönlichen Erfahrungen während der Corona-Krise. Dabei wurde der Blick ebenfalls in die Zukunft gerichtet, indem neue Möglichkeiten und Grenzen der Hilfestellung durch die voranschreitende Digitalisierung ausgelotet wurden.

Den Blick nach vorne richten: Erfahrungen aus der Krise produktiv für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe entlang der Neuregelungen aus dem KJSG nutzen!

Markus Schön, Stadtdirektor und Dezernent für Bildung, Jugend, Sport, Migration und Integration der Stadt Krefeld führte als Moderator durch die Tagung. Mit einem Statement, die Herausforderungen der Corona-Krise auch als Chance für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe angesichts des vom Bundesrat verabschiedeten neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zu sehen, stimmte er die Teilnehmer*innen auf das Tagungsthema ein. Gerade jetzt gälte es, nach vorne zu schauen und einen ganzheitlichen Blick auf Familien, Kinder und Jugendliche innerhalb der Hilfesysteme sowie eine entsprechende Angebotsgestaltung voran zu treiben. Dazu zähle - angesichts der Erfahrungen aus den Lockdownphasen - eben nicht nur die Betreuung und Beschulung,

vielmehr müssten Entwicklung und Sozialisation junger Menschen als ganzheitliche Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe aufgegriffen und mit Leben gefüllt werden. Wesentlich in diesem Zusammenhang sei insbesondere die Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen und ihrer Familien im Kontext der Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe auszubauen und zu stärken, so wie es im neuen KJSG vom Gesetzgeber auch vorgesehen ist.

„Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020

Dr. Severine Thomas, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Sozial- und Organisationspädagogik an der Universität Hildesheim, stellte im Einführungsvortrag zur Tagung Ergebnisse aus den Studien JuCo 1 und 2 vor. Die beiden Befragungswellen wurden im April und November 2020 durchgeführt, um ein besseres Verständnis der Lebenssituation junger Menschen während der Krise zu erhalten, indem explizit ihre Perspektiven und Meinungen eingeholt wurden. Ein Alleinstellungsmerkmal der Studien, denn die Stimmen der jungen Menschen wurden doch in kaum einem anderen Kontext berücksichtigt. Die Ergebnisse beider Befragungen machen deutlich, dass die Lebenssituation und Perspektive junger Menschen deutlich anders gelagert ist, als von den Medien vermittelt wurde. Neben Sorgen und Angst vor der Zukunft, auch bezüglich des eigenen weiteren Ausbildungs- oder Studienwegs, berichteten die jungen Menschen von psychischen Belastungen wie dem Gefühl der Einsamkeit, Sorge um die Gesundheit von Familienangehörigen und finanziellen Belastungen. Mit Bedauern wahrgenommen wurde auch, dass ihre Meinung oder Sicht auf die Dinge im öffentlichen und politischen Raum nicht von Interesse waren. Folgendes Zitat zeigt das exemplarisch auf: „Schade, dass nie Kinder und Jugendliche gefragt wurden, wie es ihnen geht, dass wir zurück zur Schule müssen und mit welchem Risiko das verbunden ist.“ Die Ergebnisse der JuCo-Studien untermauern einmal mehr, wie wichtig eine stärkere Beteiligung und Berücksichtigung der Perspektiven von jungen Menschen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe ist, damit sie ihrem Auftrag – Teilhabechancen für alle jungen Menschen und ihre Familien zu eröffnen und Benachteiligungen zu reduzieren – auch tatsächlich gerecht werden kann. Dazu braucht die Jugendhilfe auch zukünftig eine solide finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder.

Um die Lebenssituation und Aufwuchsbedingungen junger Menschen ganzheitlich weiter zu entwickeln und zu verbessern, leiten die Autor*innen der JuCo-Studien aus den vorliegenden Ergebnissen folgende politischen Forderungen ab:

- **Jungen Menschen müssen soziale Beziehungen ermöglicht werden!** Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sicher sind und ihre Zeit kinder- und jugendgerecht verbringen können!
- **Die Kinder- und Jugendhilfe muss offensiv auf die Kinder, Jugendlichen und Familien zugehen.** Altersgerechte Informationen und digitale Kommunikationsformen sind jetzt notwendig! Bund und Länder müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen.
- **Beratung und soziale sowie materielle Unterstützung:** Vorhalten niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen angesichts sozialer Unsicherheiten.

- **Junge Menschen in prekären Lebenslagen besser absichern:** Entwicklung von Maßnahmen, so dass z. B. (junge) Wohnungslose oder junge Menschen, die in Einrichtungen stationärer Erziehungshilfen aufwachsen durch die Pandemie nicht weiter sozial benachteiligt werden.
- **Nachhaltige Bildungsplanung und -förderung:** Entwicklung eines Monitorings und Unterstützungsangebots zum langfristigen Ausgleich von Beschränkungen während der Pandemie, z. B. in Bezug auf das Nachholen von Qualifikationen, Auslandserfahrungen, Praktika oder Übergänge ins Arbeitsleben.
- **Digitalisierung und Infrastrukturen weiterentwickeln:** In den Angeboten und Hilfen sind die digitalen Ressourcen im Interesse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu erweitern, um die soziale Teilhabe auch unabhängig der aktuellen Pandemie zu verbessern (vgl. Thomas 2020, Folie 27).

Einblicke in die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe: Auch in der Pandemie „nah am Kind – nah am Mensch“ und verlässlich bleiben

Im zweiten und dritten Modul des Tages standen dann die Erfahrungen aus der Praxis im Mittelpunkt. So stellte Rolf Diener, aktuell Leiter der Abteilung Junge Menschen und Familie bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport in Bremen, seine Erfahrungen als Jugendamtsleiter der Stadt Bremen während der Lockdownphasen im Jahr 2020 vor. Nach einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum großer Verunsicherung, auch unter den Mitarbeiter*innen des Jugendamtes, folgte die Phase der Umstellung der Angebotsgestaltung, die von nun an auch die Hygiene- und Schutzkonzepte für alle Beteiligten berücksichtigte. Im Jugendamt Bremen konnten alle Angebote, wenn auch teilweise eingeschränkt, aufrechterhalten werden. Dort, wo die Aufrechterhaltung von Beratungs- und Betreuungsangeboten allein auf der Basis digitaler oder telefonischer Zugangswege nicht zielführend erschien, setzte das Jugendamt auf kreative Lösungen. So wurden sozialpädagogische Familienhilfen oder auch die Erziehungsberatung im Freien – bspw. über gemeinsame Spaziergänge – realisiert. Entgegen ursprünglicher Befürchtungen wurden in Bremen keine Zunahmen an Kindeswohlgefährdungen oder Inobhutnahmen beobachtet bzw. verzeichnet. Allerdings wurde von den Fachkräften eine Zunahme an häuslicher Gewalt festgestellt, die zu zusätzlichen Verunsicherungen unter den Fachkräften führte: Möglicherweise sei die Dunkelziffer in diesem Bereich noch deutlich höher als unter „Normalbedingungen“. Den Blick nach vorne richtend, resümierte Rolf Diener, die Kinder- und Jugendhilfe sei nun aufgefordert Angebote zu entwickeln, um die psychosozialen Folgen der Pandemie für junge Menschen und ihre Familien zu reduzieren – gerade die psychosozialen Folgen seien gravierend und kämen nur langsam an die Oberfläche. Die Folgen der Kontaktbeschränkungen seien oftmals problematischer für die Betroffenen gewesen als mit den Gesundheitsrisiken umzugehen, die mit den bestehenden sozialen Kontakten einhergingen. In Richtung Bundesregierung forderte er, dass die Kinder- und Jugendhilfe zukünftig von vornherein als systemrelevant eingestuft werden müsse – insbesondere auch, um den Schutz der Mitarbeiter*innen bspw. über Impfungen kurzfristig sicherstellen zu können. Darüber hinaus sollte der durch die Pandemie beschleunigte Digitalisierungsschub mit Augen-

maß für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Dabei gälte es gut abzuwägen, wotatsächliche Begegnungen nicht durch digitale Angebotsformen ersetzt werden sollten. Insgesamt kam auch Rolf Diener zu dem Schluss, dass das von der Bundesregierung aufgelegte „Aktionsprogramm aufholen nach Corona“ zu bildungslastig ausgelegt sei – der Ausgleich von psychosozialen Folgen der Pandemie sei genauso hoch zu gewichten, möglicherweise sogar noch höher als der Ausgleich von schulischen Bildungsdefiziten.

Anne Willeke, Bildungsreferentin beim Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V., berichtete im Anschluss über die Situation in Wohnheimenrichtungen der Behindertenhilfe während der Lockdownphasen im Jahr 2020. Sowohl für die Eltern als auch die Bewohner*innen von Einrichtungen der Behindertenhilfe selbst sei die Isolation in den Einrichtungen durch die aufgestellten Kontaktbeschränkungen nur schwer auszuhalten gewesen. Nicht wenige Eltern hätten sich auch dazu entschieden, ihre Kinder kurzfristig aus den Einrichtungen in das familiäre Wohnumfeld zu holen. Für die Leitungen in den Einrichtungen waren die ständig neuen Erlasse der Bundesregierung eine große Herausforderung, hinzu kam der Mangel an Schutzmaterialien, sowohl für Bewohner*innen wie auch das Personal. Das erschwerte die Einhaltung von Hygienemaßnahmen innerhalb der Einrichtungen zusätzlich – insbesondere weil für nicht wenige Menschen mit besonderen Bedürfnissen das Tragen von Mundschutz oder die Einhaltung der Abstandsregeln über längere Zeitspannen ohnehin kaum realisierbar sei. Daneben brachte der Ausfall von notwendigen Therapien zusätzliche Belastungen hervor – individuelle Entwicklungserfolge wurden teilweise zunichtegemacht. Dabei stellte aber auch der Wegfall der gewohnten Tagesstruktur, in der für viele Bewohner*innen die Wahrnehmung von Therapiemaßnahmen nicht nur einen wichtigen, sondern auch gewohnten Baustein bilden, eine Belastung dar. Das Personal sah sich angesichts dessen ebenfalls mit zusätzlichen Herausforderungen und erhöhtem Druck auf der Arbeit konfrontiert: Neue Schichtdienstregelungen sowie die Kompensation der bestehenden Tagesstruktur durch immer wieder neu zu entwickelnde Angebote zur Tagesgestaltung für die Bewohner*innen wurden zum Krisenalltag. Das Spannungsverhältnis für Personal und Bewohner*innen lässt sich Willeke zufolge am besten mit den Begriffen Teilhabe vs. Schutz pointieren. Gleichwohl zeichneten sich in dieser für alle herausfordernden Situation auch neue Möglichkeiten zur Erweiterung von Fähigkeiten für die Bewohner*innen ab, die ohne die Krisenerfahrung gar nicht erst in den Aufmerksamkeitsfokus gelangt wären. Für einige der Bewohner*innen eröffneten beispielsweise die Phasen langer Trennung von den Familienangehörigen neue Potenziale zur autonomen Gestaltung ihres Alltags, wodurch das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten wie auch das Zutrauen des Personals in die Fähigkeiten der Bewohner*innen stieg. Dazu zählten beispielsweise auch der Erwerb neuer Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien oder das Entdecken neuer Vorlieben und Hobbys, die durch die kreative Gestaltung alternativer Angebote des hochengagierten Personals innerhalb der jeweiligen Einrichtungen gefördert wurden. Diese neu gewonnenen Fähigkeiten werden sicherlich über die Krise hinaus erhalten bleiben und die Lebensqualität einiger der Bewohner*innen steigern können.

Berit Leisten, Leiterin der Abteilung Jugendförderung im Jugendamt Düsseldorf, berichtete von den Erfahrungen, die im Jugendamt Düsseldorf gesammelt wurden. Die Fachkräfte beobachteten während der Lockdownphasen, dass sich die Kontaktaufnahme bzw. Aufrechterhaltung des Kontakts zu den betreuten Familien als herausfordernder als

gewöhnlich darstellte. Dabei seien bestimmte Zielgruppen sogar gänzlich aus dem Blick geraten. Außerdem wurde auch in Düsseldorf deutlich, dass sich die häusliche Situation unter den Bedingungen des anhaltendem Lockdowns und der Schulschließungen zunehmend anspannte. Homeschooling stellte für die jungen Menschen als auch ihre Eltern eine besondere Herausforderung dar und darüber hinaus meldeten viele Jugendliche eine grundsätzliche „Online-Müdigkeit“ zurück. Anders als Rolf Diener plädierte Berit Leisten weniger für den Aufbau neuer Angebote, um die psychosozialen Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu reduzieren. Vielmehr gälte es, vor dem Hintergrund der neu gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse, die vorhandenen Angebote auf ihre Passgenauigkeit für die jeweilige Zielgruppe zu prüfen und ggfs. zu verändern. Lebensweltbezug und Beteiligung junger Menschen seien besonders wichtige Aspekte, um die Angebote zukünftig auch in Krisensituationen besser an die Bedarfe und Bedürfnisse der jungen Menschen ausgerichtet aufrecht erhalten zu können. Zu diesem Zweck sollten ebenfalls bereits bestehende Netzwerke und Infrastruktur gestärkt werden. Dabei verwies Berit Leisten auf die notwendigen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung einer digitalen Infrastruktur sowie digitaler Angebote, die sich aktuell noch als wesentliche Hürde darstellen. Demnach brauche es bessere materielle Rahmenbedingungen, wie die Ausstattung mit angemessener Hard- und Software und darüber hinaus auch das entsprechende Know-How unter den Fachkräften, um digitale Angebote zielgruppengerecht und barrierefrei gestalten zu können.

Der Abschlussvortrag wurde von Bettina Brühl, der ersten Vorsitzenden im Projekt Betriebliche Inklusion bei FortSchritt - Verein zur Verbreitung der Konduktiven Förderung nach Petö e.V. in Rosenheim übernommen. Der Verein zur Verbreitung der Konduktiven Förderung nach Petö e.V. setzt sich maßgeblich dafür ein, Menschen mit Behinderung eine größere Wahlfreiheit bezüglich ihrer Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und verfügt über ein dichtes Netzwerk, um die Übergänge aus der Schule in den Beruf beratend begleiten zu können. Zielgruppen sind zuvorderst Menschen auf dem Weg von der Schule in den Beruf, Menschen mit Werkstattberechtigung, die nicht mehr in einer Werkstatt arbeiten möchten, Menschen die einen anderen Weg als die Förderstätte¹ suchen, Menschen, die auch ohne diagnostizierte Behinderung Schwierigkeiten haben, einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden und nicht zuletzt interessierte Arbeitgeber aus der Region. Während der Lockdownphasen gestaltete sich der Distanzunterricht für die Schüler*innen mit besonderen Bedarfen sehr schwierig, auch gab es kaum persönliche Kontakte mit Lehrkräften wodurch grundsätzlich auch kein spontaner Austausch möglich war, der von Zeit zu Zeit jedoch sehr förderlich gewesen wäre. Die Tatsache, dass Abschlussprüfungen unter besonderen Bedingungen erbracht werden mussten, stellte eine weitere besondere Herausforderung dar. Ebenso war auch die Übergangsgestaltung von der Schule in die Ausbildung kaum in der Weise fortzuführen, wie das normalerweise der Fall ist. Angesichts der Pandemie hatten wichtige Netzwerkpartner wie Kommunen und Arbeitgeber andere Dinge im prioritären Fokus. Im Verein FortSchritt wurde aus der Not eine Tugend gemacht und sich verstärkt mit Netzwerkpartnern ausgetauscht, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren. Es wurde zu einem Fachdialog eingeladen, in dem die Themen und Probleme gesammelt wurden, um sie anschließend öffentlich zu machen.

¹ Mit Förderstätte werden in Bayern Einrichtungen bezeichnet, in denen die Versorgung und Betreuung sichergestellt wird. Wenn man die verschiedenen Erwerbs- und Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung hierarchisch denkt, stehen die Förderstätten noch unter den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Im Rahmen dessen wurden zuvorderst Behörden und die Senatsverwaltung über die Missstände in der Versorgung von Menschen mit Behinderung informiert. Einige Probleme, wie unter anderem die mangelnde Ausstattung mit Schutzbekleidung, konnten so reduziert werden.

Im Rahmen der abschließenden Plenumsdiskussion stellten die anwesenden Fachkräfte folgende Forderungen für die Zukunft auf:

- Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe müssen als systemrelevante Felder unserer Gesellschaft anerkannt werden. Bspw. müssen Fachkräfte zukünftig schneller Zugang zu Impfangeboten erhalten, um ihrem Auftrag im Dienste der Menschen auch und gerade in Krisenzeiten nachgehen zu können.
- Die vorhandenen Strukturen in Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe müssen gestärkt werden. Aufgrund der hohen finanziellen Belastungen der Kommunen befürchtet man finanzielle Einschnitte in den Hilfen zur Erziehung oder auch der offenen Jugendarbeit - das kann nicht akzeptiert werden.
- Umfangreichere finanzielle Stärkung der Regelstrukturen und vorhandener Angebote! Keine kurzfristige Förderung über Projektmittel – das ist nicht nachhaltig.
- Die Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden, um junge Menschen und ihre Familien auch in Krisenzeiten besser unterstützen zu können.
- Es braucht eine Stärkung der Lobbyarbeit für die Jugendarbeit! Jugendarbeit ist bedarfsgerecht auszubauen, um den jungen Menschen Räume zu eröffnen, in denen sie auch in Krisenzeiten echten Kontakt untereinander pflegen können. Die Beteiligung junger Menschen an der Lobbyarbeit und der Gestaltung der Angebote ist eminent: Was brauchen und wünschen sich die Jugendlichen gegenwärtig?
- Die Lobbyarbeit sollte ebenfalls auf Landesebene ausgebaut werden!
- Die Beteiligung junger Menschen muss grundsätzlich stärker ausgebaut werden – dies ist ohnehin eine Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfe, die mit dem neuen KJSG verstärkt werden muss. Es ist nicht hinzunehmen, dass ausgerechnet in Krisenzeiten die jungen Menschen auf sich allein gestellt bleiben. Die Kinder- und Jugendhilfe ist aufgefordert, ihre anwaltliche Rolle für junge Menschen mit Blick auf alle Lebensbereiche auszubauen!
- Schule muss sich mehr für junge Menschen einsetzen!
- Elternbeteiligung und Elternaktivierung: Was brauchen Eltern, um ihre Kinder gesund und unbeschadet durch eine Krise bringen zu können?

Gerade angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Krise gilt es die Entwicklung der Systeme der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe weiter beherzt voranzutreiben. Mit dem neuen KJSG sind dazu wichtige Weichenstellungen grundgelegt. Dennoch bedarf eine

Reihe von Fragen der gemeinsamen Aushandlung und Diskussion. Dazu möchte Sie das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ weiterhin herzlich einladen, um auch zukünftig gemeinsam mit Ihnen nach neuen Lösungen zu suchen.

Zitiervorschlag: Dzengel, Jessica (2021): Tagungsbericht zum 18. Expertengespräch am 01.06.2021 (online) Dialogforum: Bund trifft kommunale Praxis, Berlin: <https://jugendhilfe-inklusiv.de/tagungsberichte/detail/31930>

Verfügbar unter: <https://jugendhilfe-inklusiv.de/tagungsberichte/detail/31930>